

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport (13. Sitzung am 2. Oktober 2013)

Beratungsthema / Beratungsthemen:

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

1. Eingaben

Der Ausschuss behandelte acht Eingaben.

Öffentlicher Sitzungsteil

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/579](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, eine Anhörung im schriftlichen Verfahren durchzuführen.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalverfassungs-, kommunalwahl- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/578](#)

Der Ausschuss verständigte sich auf eine mündliche Anhörung. Als Termin nahm er den 7. November 2013 in Aussicht.

4. Vertrauen in den Verfassungsschutz wieder herstellen

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/445](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Frau Verfassungsschutzpräsidentin Brandenburger über die Arbeitsgruppe zur Reform des Niedersächsischen Verfassungsschutzes unterrichten und führte darüber eine Aussprache.

5. Beschlussfassung über den Wunsch der Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion, durch die Landesregierung in einer zusätzlichen Sitzung über Datenspeicherungen und -löschungen beim Niedersächsischen Verfassungsschutz unterrichtet zu werden

Der Ausschuss entsprach dem Wunsch der Mitglieder der CDU-Fraktion, durch die Landesregierung in einer zusätzlichen Sitzung über Datenspeicherungen und -löschungen beim Niedersächsischen Verfassungsschutz unterrichtet zu werden. Als Termin verständigte er sich auf den 22. Oktober 2013.

Seitens der CDU-Fraktion wurde Einsicht in alle beim Verfassungsschutz vorhandenen Akten und Speicherungen beantragt, die nach Ansicht der Landesregierung rechtswidrig erfolgt sind, einschließlich aller zukünftig von der Taskforce festgestellten Fälle, in denen die Landesregierung von einer unrechtmäßigen Speicherung und Bearbeitung ausgeht. Der Ausschuss schloss sich diesem Antrag einvernehmlich an.

6. Wiederaufnahme der Entsorgung abgegebener Waffen

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/567](#)

Der Ausschuss verständigte sich darauf, von der Landesregierung einen Sachstandsbericht und mündlichen Vortrag entgegenzunehmen und die Kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten.